

117/AB

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Partik-Pable und Kollegen haben am 1. Feber 1996 unter der Nr. 109/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Aufenthalt Illegaler in Östereich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um die Flut der Illegalen einzud ätmen?
2. Werden die Grenzkontrollstellen technisch und personell so weit ausgebaut, daß sie den Schengener Rahmenbedingungen entsprechen?
3. Wenn ja, wann und in welcher Art?
4. Wenn ja, wie hoch werden die Kosten für diese Maßnahmen sein?
5. Werden die erforderlichen Geräte und die spezielle Ausbildung der Beamten zum Erkennen von Dokumentenfälschungen angeschafft bzw. durchgeführt?
6. Wenn ja, wann?
7. Wenn ja, wie hoch werden die Kosten für die Umsetzungen dieser Geräte und Einschulungen sein?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1 :

Mi.t dem Aufbau des Grenzdienstes an der EU-Ostgrenze im Rahmen der Bundesgendarmerie und mit Wirksamwerden des Schengener Regelwerkes in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 wird aufgrund der verstärkten Überwachungsmaßnahmen der erforderliche Kontrollstandard erreicht werden. Die seit dem Beginn des Aufbaues des Grenzdienstes der Bundesgendarmerie vorliegenden Zahlen zeigen, daß es in jenen Grenzbereichen, in denen die Grenzgend armerie tätig ist, zu deutlichen Effizienzsteigerungen kommt.

Was nun die Zurückweisung von Personen an der österreichisch-deutschen Grenze und die Rückübernahme von Fremden, die aus Deutschland Richtung Östereich abgeschoben werden, betrifft, so richten sich diese nach den Regelungen des deutsch-östereichischen Schubabkommens. Von deutscher Seite gibt es Bestrebungen, dieses Schubabkommen so

abzuändern, daß Österreich einen größeren Kreis von Personen zurücknehmen muß. In den bisherigen Verhandlungen hat Österreich einer solchen Änderung nicht zugestimmt, sondern Argumente vorgebracht, die weiterhin zu einer gleichmäßigen Belastung beider Staaten führen.

Gleichzeitig wurden Gespräche mit den südlichen und östlichen Nachbarstaaten Österreichs aufgenommen, um eine erleichterte Rückübernahme illegal in Österreich aufhältiger Fremder durch diese Staaten zu erreichen. Konkret werden zur Frage der Rückkehr in Deutschland aufhältiger bosnischer Staatsangehöriger multilaterale Gespräche mit dem Ziel geführt, eine illegale Rückwanderung solcher Personen aus Deutschland nach Österreich von vornherein zu unterbinden.

Zu den Fragen 2 und 3 :

Es wird angestrebt Ende 1997/Anfang 1998 die Schengener Rahmenbedingungen zu erfüllen.

Insgesamt werden 34 Grenzüberwachungsstellen für die Überwachung der Grünen und Blauen

Grenze errichtet, die mit den entsprechenden technischen Geräten (Hohlraumsonden, CO₂-Meßgeräten, Doku-Boxen usw.) ausgestattet werden. Darüber hinaus werden die bestehenden Grenzkontrollstellen personell und technisch entsprechend dotiert.

Zu Frage 4:

Im Endausbau ca. 1,3 Mrd. Schilling.

Zu den Fragen 5 und 6:

Die Beschaffungen erfolgen gleichzeitig mit dem Aufbau. Für die Grenzdienststellen, die bereits die Tätigkeiten aufgenommen haben, sind solche Geräte angeschafft worden. Mit den entsprechenden Ausbildungen (Trainerschulungen) wurde ebenfalls schon begonnen.

Zu Frage 7:

Im wesentlichen entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Ausbildung, da die bestehende Schulungsstruktur der Bundesgendarmerie in Anspruch genommen wird. Die Gerätekosten - sie sind im Betrag von 1,3 Mrd. Schilling enthalten - fallen je nach Ausbaustufe an. Der

Endausbau sollte spätestens Anfang 1998 erreicht werden.

HTML-Dokument erstellt 27.08.1996 um 11:35:31.